

11293/AB XXIV. GP

Eingelangt am 27.06.2012

Dieser Text wurde elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Am 19.12.2018 erfolgte eine vertraulichkeits-/datenschutzkonforme Adaptierung

BM für Justiz

Anfragebeantwortung

Zur Zahl 11481/J-NR/2012

Der Abgeordnete zum Nationalrat Christian Lausch und weitere Abgeordnete haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Beziehung einer Psychologin der JA N.N.₂ mit einem Häftling“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Zu 1:

Zum Stichtag 1. April 2012 befanden sich 604 Insassen aufgrund einer Verurteilung wegen eines oder mehrerer Delikte nach dem Zehnten Abschnitt des StGB in Haft.

Im Folgenden die Verteilung nach den einzelnen Justizanstalten bzw. den einzelnen Delikten, wobei darauf hingewiesen wird, dass häufig Verurteilungen wegen mehrerer Delikte erfolgen und das gefragte Delikt nicht bestimmend für die führende Deliktsgruppe sein muss:

Eisenstadt	2
Feldkirch	4
Garsten	66
Gerasdorf	8
Göllersdorf	18
Hirtenberg	5
Innsbruck	10
Jakomini	9
Josefstadt	14
Karlau	86
Klagenfurt	17
Korneuburg	4
Leoben	8
Linz	12
Mittersteig	82
Salzburg	2
Simmering	18
Sonnberg	77
St. Pölten	12
Stein	117
Suben	16
Schwarzau	10
Wels	2
Wr. Neustadt	5

§	Anzahl
201	323
202	75
205	17
206	204
207	223
207a	66
207b	6
208	38
208a	0
211	27
212	141
213	2
214	1
215	4
215a	1
216	17
217	13
218	26
219	1
220a	0
220b	1

Zu 2:

Von Anfang 2006 bis 31. März 2012 wurden insgesamt 1.387 Personen aus der Strafhaft wegen eines oder mehrerer Delikte nach dem Zehnten Abschnitt des StGB entlassen.

Der nachstehenden Übersicht sind die einzelnen Entlassungsgründe und die jeweiligen Justizanstalten zu entnehmen:

	Eisenstadt	Favoriten	Feldkirch	Garsten	Gerasdorf	Hirtenberg	Innsbruck	Jakomini	Josefstadt	Karlau	Klagenfurt	Korneuburg	Krems	Leoben	Linz	Mittersteig	Ried	Salzburg	Simmering	Sonnenberg	St. Pölten	Stein	Steyr	Suben	Schwarzenau	Wels	Wr. Neustadt
ENTLASSUNGSGRUND																											
§ 133a StVG									24	1									1								
§ 39 SMG																			1								
§ 46 Abs 1 StGB	2		11	3		4	15	1	4	2	9		8	1	4		3	7		1	1	2		14	1	9	1
§ 46 Abs 1 StGB mit Bewährungshilfe	2		10	1	1		6	2		1	13	3	2	6	1			3	3	4	6	4		3		1	2
§ 46 Abs 1 StGB mit BWH (Weisungen)	2	1	2	30	7	8	18	27		19	26	8	1	5	18	1	5	7	24	49	4	7	3	8	3		2
§ 46 Abs 2 StGB	1	1	5		2	5	5	5	1	8	10		2	4	7	1	2	5	8	2	3	5	4	4	1	4	
§ 46 Abs 2 StGB mit Bewährungshilfe	1			9	1			12		2	7	1		3			2	1	4	24		2					
§ 46 Abs 2 StGB mit BWH (Weisungen)				2																							
§ 46 Abs 3 StGB mit BWH (Weisungen)								1		2				1													
§ 46 Abs.1 StGB mit Weisung(en)					1		2				2				2		1	1						2		1	
§§ 46 Abs 1 u. 47 StGB mit BWH (Weisungen)								1		1																	
Aufschub gem. § 5 StVG i.V.m. § 133 StVG									3	1												1		1			
Aufschub gem. § 6 StVG															1												
Auslieferung			2			1			24	1								2		3				4			
Beschluss			1							9	2									4							
BP Einzelbegnadigung							1	1																			
Flucht					1					1				1											1		
keine Angaben										1																	
Reststrafe bezahlt			1				2	1	1					1													
Strafende	12		21	18	4	7	27	70	39	41	46	35	8	32	26		17	19	47	50	26	41	7	12	1	21	5
Tod										3												3		1			
Vollzugshemmung gem. § 358 StPO																					1						
Vollzugshemmung gem. § 361 StPO											1																
Vollzugshemmung gem. § 410 StPO														1													

Bezogen auf die einzelnen Delikte ergibt sich folgende Verteilung:

§	Anzahl
201	729
202	340
205	263
206	570
207	695
207a	111
207b	21
208	284
208a	0
211	263
212	539
213	214
214	223
215	222
215a	3
216	279
217	303
218	302
219	219
220a	0
220b	0

Zu 3 bis 20:

Die Genannte ist Vertragsbedienstete und als Leiterin des psychologischen Dienstes der Justizanstalt N.N.₂ beschäftigt; es gehörte und gehört seit vielen Jahren zu ihren Aufgaben, in verschiedenen Stadien des Vollzugs faktenbasiert (also auf nachvollziehbarer Grundlage, wie z.B. absolvierten Therapien, Tests etc.) aus psychologischer Sicht Stellungnahmen zu einzelnen Insassen abzugeben. Diese Stellungnahmen sind allerdings nicht allein, sondern nur gemeinsam und in der Zusammenschau mit einer Reihe von weiteren Äußerungen und Berichten der mit einem konkreten Insassen befassten Bediensteten Grundlage für die Stellungnahme der Anstaltsleitung, z.B. im Verfahren über eine bedingte Entlassung; die Entscheidung darüber obliegt dem Gericht, das dabei an Stellungnahmen aus dem Bereich des Vollzugs nicht gebunden ist. Daher kommt der Stellungnahme des psychologischen Dienstes im Verfahren nur beschränktes Gewicht zu. Die Bedienstete hat seinerzeit – wie in vielen anderen Verfahren – auch im Verfahren über eine bedingte Entlassung des genannten Insassen und österreichischen Staatsbürgers P. S. eine Stellungnahme abgegeben.

Die nunmehr (neuerlich) erhobenen Vorwürfe, die Bedienstete habe in unsachlicher Weise eine vorzeitige Entlassung des P. S. unterstützt oder bewirkt, sind den Dienstbehörden aus einer anonymen Eingabe im Herbst 2010 bekannt und wurden schon damals ernst genommen und eingehend untersucht. Vertreter der Dienstbehörde haben in die den genannten ehemaligen Strafgefangenen betreffenden Akten Einsicht genommen, eine ausführliche Stellungnahme der Anstaltsleitung eingeholt, die eine qualitativ hochwertige Arbeitsleistung attestiert hat, und es wurde auch die Bedienstete selbst durch den damaligen Leiter der Dienstbehörde eingehend zu den Vorwürfen befragt.

Es konnten bei diesen Erhebungen allerdings nicht die geringsten Anhaltspunkte dafür gefunden werden, dass die Vorwürfe Berechtigung hätten. Insbesondere wurde der genannte ehemalige Strafgefangene, der wegen §§ 207 Abs. 1, 207a Abs. 1 und 209 StGB in Haft gewesen war, im Jahr 2006 nicht vorzeitig, sondern erst zum Strafbefehl entlassen. Es haben sich für die Dienstbehörde auch keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben, dass sich die Bedienstete mit Bezug auf P. S. während dessen Anhaltung in der Justizanstalt irgendeiner Pflichtverletzung (geschweige denn, einer so gravierenden, wie ihr vorgeworfen wird) schuldig gemacht hätte.

Es gibt für die Dienstbehörde ebenso wenig Anhaltspunkte dafür, dass der ehemalige Strafgefangene, der seine Strafe vollständig verbüßt hat, sich seit seiner Entlassung nicht wohlverhalten hätte. Ich weise darauf hin, dass in Österreich alljährlich gut 7.000 Personen aus der Straftat in die Gesellschaft zurück entlassen und wieder Teil des sozialen Gefüges werden.

Nach den unbestrittenen und unwiderlegten Angaben der Bediensteten sei sie dem ehemaligen Strafgefangenen erst rund ein Jahr nach dessen Entlassung wieder begegnet. Die Behauptung, wonach die Bedienstete mit dem ehemaligen Insassen in der Folge eine sexuelle Beziehung hatte, ist mir wie der Öffentlichkeit nicht zuletzt aufgrund der medialen Berichterstattung darüber bekannt. Beweise dazu liegen mir allerdings nicht vor.

In diesem Zusammenhang möchte ich aber in aller Deutlichkeit darauf hinweisen, dass auch nach der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes der Umstand, dass Bundesbedienstete in ihrem gesamten Verhalten darauf Bedacht zu nehmen haben, dass Bedenken gegen die sachliche Wahrnehmung ihrer dienstlichen Aufgaben nicht entstehen, nicht jeglichen Eingriff in ihre privaten Lebensverhältnisse rechtfertigt. Bei der Prüfung, ob ein außerdienstliches Verhalten einen für eine rechtliche Vorwerfbarkeit ausreichenden Dienst-

bezug aufweist, ist ein zurückhaltenderer Maßstab anzulegen als bei dienstlichem Fehlverhalten. Dies folgt aus der mit dem Gesetzeswortlaut zu vereinbarenden Absicht des Gesetzgebers, die disziplinarrechtliche Verantwortung des Beamten für den außerdienstlichen Bereich (Freizeitverhalten) einzuschränken. Vielmehr muss bei der Beurteilung des außerdienstlichen Verhaltens als Dienstpflichtverletzung in jedem Einzelfall eine Abwägung zwischen dem durch Art. 8 MRK verfassungsgesetzlich gewährleisteten Schutz des Privatlebens auch von Bediensteten und ihrer konkreten dienstlichen Aufgabenstellung vorgenommen werden (vgl. VwGH 14.6.2007, 2006/12/0169).

Ich halte ausgehend von den dargestellten Fakten die Rechtsansicht der Dienstbehörde, wonach diese Abwägung im konkreten Zusammenhang zu Gunsten des verfassungsrechtlich geschützten Privatlebens der Bediensteten auszugehen hat, für jedenfalls vertretbar.

Es gibt bisher keine Anhaltspunkte dafür, dass die Bedienstete durch in ihrem privaten Umfeld gelegene Umstände in ihrer beruflichen Tätigkeit eingeschränkt oder beeinflusst oder in ihrer Urteilsfähigkeit gegenüber Gruppen von Straftätern voreingenommen wäre oder die gebotene Sachlichkeit bei der Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben vermissen lassen würde.

Die Vollzugsbehörden haben selbstverständlich größtes Interesse daran, dass die mit dem Strafvollzug befassten Bediensteten ihre Aufgaben korrekt wahrnehmen und insbesondere vorzeitige Entlassungen nur erfolgen, wenn die Voraussetzungen dafür tatsächlich gegeben sind. Die in diesen Verfahren schon seitens der Justizanstalt zu treffenden Teamentscheidungen einerseits und die Entscheidungskompetenz der unabhängigen Gerichte andererseits stellen aus meiner Sicht ausreichend sicher, dass es zu keinen im Zeitpunkt der Entscheidung ungerechtfertigten vorzeitigen Entlassungen kommt.

Ohne Frage wird auch die weitere Arbeit der Bediensteten – nicht zuletzt aufgrund der erhobenen Vorwürfe – in erster Linie von der Anstaltsleitung, der die Dienstaufsicht zunächst zukommt, aber auch von der Dienstbehörde aufmerksam verfolgt werden. Sollten sich dabei Einschränkungen zeigen, werden die dann allenfalls erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden.

Seit 2006 wurden aufgegliedert nach Jahren, führenden Deliktgruppen und Entlassungsgründen insgesamt 722 Personen von der JA N.N.₂ aus der Strafhaft entlassen:

ENTLASSUNGSGRUND ▼	Deliktgruppe führend ▼	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
§ 133a StVG	Delikte gegen fremdes Vermögen			5	2	3	3	
	Sonstige Delikte		1					
§ 39 SMG	Delikte gegen fremdes Vermögen			1		1		1
	Delikte nach dem SMG		1	1		1	1	
§ 46 Abs 1 StGB	Delikte gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung			1				
	Delikte gegen fremdes Vermögen		1	7	5	9	6	2
	Delikte gegen Leib und Leben			1	1			
	Delikte nach dem SMG			1	4		2	
	Sonstige Delikte			1	4	1	1	
§ 46 Abs 1 StGB mit Bewährungshilfe	Delikte gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung			1		1	2	
	Delikte gegen fremdes Vermögen	1		6	11	12	6	1
	Delikte gegen Leib und Leben		1			1		
	Delikte nach dem SMG			1	4	4	2	
§ 46 Abs 1 StGB mit BWH (Weisungen)	Delikte gegen die Freiheit						1	1
	Delikte gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung			11	12	12	8	3
	Delikte gegen fremdes Vermögen			12	19	13	8	3
	Delikte gegen Leib und Leben			3	2	3		2
	Delikte nach dem SMG			1		3	3	
	Sonstige Delikte			1	1	1		
§ 46 Abs 2 StGB	Delikte gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung		1	1				
	Delikte gegen fremdes Vermögen	1	6	3				
	Delikte nach dem SMG		2	3				
	Sonstige Delikte		1	2				
§ 46 Abs 2 StGB mit Bewährungshilfe	Delikte gegen die Freiheit		1					
	Delikte gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung	8	12	2				
	Delikte gegen fremdes Vermögen	4	25	6				
	Delikte gegen Leib und Leben	2	4	1				
	Delikte nach dem SMG	1	7	1				
	Sonstige Delikte	2		1				
Aufschub gem. § 5 StVG i.V.m. § 133 StVG	Delikte gegen fremdes Vermögen		1	1				
	Delikte gegen Leib und Leben		1					
	Delikte nach dem SMG	1						
Auslieferung	Delikte gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung		1					1
	Delikte gegen fremdes Vermögen	2	2	3	4			
	Sonstige Delikte			1				
Beschluss	Delikte gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung	1	1	1				1
	Delikte gegen fremdes Vermögen	1	2					1
BP Einzelbegnadigung	Delikte gegen fremdes Vermögen	10	4	6	1	1	6	
	Sonstige Delikte	2	1	1				
BP	Delikte gegen fremdes Vermögen	2	1	1		1	1	
Flucht	Delikte gegen fremdes Vermögen		3	1			2	
	Delikte nach dem SMG			1		1	2	
Strafende	Delikte gegen die Freiheit	2				2		
	Delikte gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung	15	7	6	5	9	3	2
	Delikte gegen fremdes Vermögen	29	31	36	25	25	23	4
	Delikte gegen Leib und Leben	1	2	4	1	5	3	
	Delikte nach dem SMG	11	6	11	12	6	7	1
	Sonstige Delikte	2	4		1	1	2	
Tod	Delikte gegen fremdes Vermögen				1			
	Delikte nach dem SMG						1	

Ich ersuche um Verständnis dafür, dass ich Angaben dazu, in welchem dieser 722 Fälle die Genannte in irgendeiner Weise (mit-)befasst war, wegen der dafür erforderlichen Durchsicht sämtlicher Akten und des damit verbundenen unvertretbar hohen Verwaltungsaufwandes nicht machen kann.